



Medienmitteilung

Bern, den 13. Mai 2026

Parlament muss wieder Planungssicherheit für Solarausbau schaffen

Die Entwicklung beim Solarausbau ist weiterhin besorgniserregend. Dies zeigen die [neuesten Zahlen von Pronovo](#). Die monatlichen Anmeldungen von neuen Photovoltaikanlagen sinken weiter. Bei den kleinen Anlagen liegt die Anzahl Gesuche inzwischen bei rund 2'600. Anfang 2025 betrug sie noch mehr als 5'100. Somit hat sich die Anzahl Gesuche seither halbiert. Um die Ausbauziele zu erreichen, hätte sie sich aber verdoppeln müssen. Das ist das Ergebnis der Umsetzung des Stromgesetzes, welche die Energiewende sabotiert und mit der Diskussion um neue AKW in Tat und Wahrheit den Ausstieg aus den fossilen Energien verzögert. Das Parlament muss jetzt korrigieren. Bei der Umsetzung des Stromabkommens soll es wieder Planungssicherheit für Investitionen in Solaranlagen schaffen.

Obwohl Volk und Parlament dem Bundesrat mit dem Stromgesetz hohe Ziele für den Solarausbau vorgegeben haben, ergreift er nicht die nötigen Massnahmen, um diese Ziele zu erreichen. Die neuesten Zahlen von Pronovo zeigen: Der Zubau nimmt weiter ab statt zu. Dies betrifft vor allem kleine Anlagen. Diese haben bisher über die Hälfte zum Photovoltaik-Ausbau beigetragen. Das Wegbrechen dieses Segments rückt die Ausbauziele in weite Ferne. Auch Anlagen ohne oder mit wenig Eigenverbrauch werden praktisch nicht mehr gebaut, obwohl diese Anlagen vielfach zu den preisgünstigsten zählen.

Die Vermutung liegt nahe, dass die verfehlten Ausbauziele als Grund genommen werden, um den Ausstieg aus den fossilen Energien zu verzögern, neue Kernkraftwerke zu fordern und damit beim Umwelt- und Klimaschutz weitere Abstriche vorzunehmen.

Unsichere Amortisation gefährdet Solarausbau

Wer nicht sicher ist, dass sich die Solaranlage amortisiert, wird kaum in sie investieren. Damit es beim Solarausbau wieder voran geht, müssen die Solarbremsen gelöst werden:

- Es braucht Planungssicherheit mit langfristig stabilen Förderbedingungen.
- Es braucht Investitionssicherheit mit klaren Rahmenbedingungen für die Amortisation der Anlagen sowie einfache Instrumente, die verständlich und anwendbar sind.
- Es braucht Rechtssicherheit: Wer eine Solaranlage betreibt, muss sicher sein, dass die Bedingungen während der Dauer der Amortisation stabil bleiben.
- Und nicht zuletzt braucht es klare Signale, dass der Ausbau der Sonnenenergie weiter nötig ist und wir noch weit weg sind von den gesetzten Zielen.

Das Parlament hat es nun in der Hand, Verbesserungen beim Stromgesetz zu beschliessen sowie bei der Umsetzung des Stromabkommens die Finanzierung so anzupassen, dass Solar endlich als Teil der Versorgungsinfrastruktur behandelt wird. Mit einem Anteil von 22 Prozent am Stromverbrauch in den ersten Tagen des Mais wird die Sonnenenergie immer mehr zum zweiten Standbein der Energieversorgung

Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie
Société Suisse pour l'Energie Solaire
Società Svizzera per l'Energia Solare
Societad Svizra per l'Energia Solara



nebst der Wasserkraft. Vorschläge für eine Neugestaltung der Solarstromvergütung liegen auf dem Tisch. Die SSES-Fachgruppe VESE hat verschiedene Möglichkeiten ausgearbeitet und sie vergangenes Jahr in der [Kurzstudie PV-Zubau 2.0](#) veröffentlicht.

Medienkontakt SSES:

Urs Scheuss, Geschäftsleiter SSES, 078 795 91 83, urs.scheuss@s ses.ch

Über die Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie SSES:

In Reaktion auf die Energiekrise von 1973 wurde die Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie SSES am 11. Juni 1974 als privatrechtlicher Verein in Bern gegründet. Die SSES zählt rund 4500 Mitglieder und ist in 11 Regional- und Fachgruppen gesamtschweizerisch als Konsumentenorganisation im Bereich Solarenergie tätig. Die SSES ist Mitglied der Klima-Allianz und setzt sich für eine Schweiz 100% erneuerbar ein. Ihre Projekte umfassen Öffentlichkeits- und Informationsarbeiten, aber auch die Teilnahme am politischen Gestaltungsprozess und Projekte zur Förderung des Ausbaus der Solarenergie. www.sses.ch